

Im größten Gymnasium Mecklenburg-Vorpommerns erhalten „nachweislich nicht mit Corona infizierte“ Schüler eine Kennzeichnung - und damit Privilegien. Basis für die Ungleichbehandlung sollen „freiwillige“ Tests durch einen Pharma-Konzern sein. Der Vorgang ist ein Skandal auf zahlreichen Ebenen. Von **Tobias Riegel**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/200527_Corona_Spaltung_durch_Kennzeichnung_sogar_unter_Schuelern_NDS.mp3

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

Eine deutsche Schule arbeitet mit dem Biotech-Unternehmen Centogene zusammen - um „schneller zum Normalbetrieb zurückkehren zu können“: Die Schüler an Mecklenburg-Vorpommerns größtem Gymnasium können sich „freiwillig“ auf Corona testen lassen. Freiwillig bedeutet hier aber nicht wirklich freiwillig - der Druck wirkt indirekt. Wer nicht infiziert ist, der wird sichtbar gekennzeichnet - und für diese Gruppe gelten dann andere Regeln als für Schüler, die sich nicht testen lassen. Wer ein negatives Testergebnis erhält, also nachweislich nicht infiziert ist, und das jeden Montag und Freitag aufs Neue, erhält einen grünen Punkt auf sein Namensschild und Sondergenehmigungen, wie der Schulleiter der „FAZ“ sagte. Über diesen Vorgang haben bereits vor einiger Zeit [Medien berichtet](#). Doch die angemessenen Reaktionen bleiben bis heute aus.

Schüler werden stigmatisiert und gespalten

Der Skandal findet hier auf mehreren Ebenen statt. Zum einen auf lokaler Ebene: Wie kann man seine Schüler nur vorsätzlich in dieser radikalen Weise spalten? Und wie kann man dieses gesellschaftlich brandgefährliche Verhalten mit dem „Schutz der Schwächsten“ rechtfertigen, wie der Lockdown stets genannt wird? Die andere Ebene des Skandals betrifft den ausbleibenden Aufschrei in Medien und Politik: Wo bleiben die Leitartikel, die eine öffentliche Kennzeichnung und Stigmatisierung von Jugendlichen geißeln? Wo bleibt die Kritik an einer viel zu engen Zusammenarbeit einer öffentlichen Schule mit einem Pharmaunternehmen? Und müsste sich nicht sogar die Bildungsministerin zu Wort melden, um solche Auswüchse bei der „Rückkehr zum Normalbetrieb“ gar nicht erst aufkommen zu lassen?

Hier soll zunächst betont werden: Bei einem gefährlichen Virus, dessen tödliches Potenzial

auf seriöser Datenbasis festgestellt wurde, kann ein Lockdown angemessen sein. Ist dieses Potenzial transparent dargelegt, so kann man (im Sinne des großen Ganzen) vom einzelnen Bürger Einschränkungen verlangen, wie sie im Moment eingeführt sind. Begleitschäden müssen dann permanent abgewogen werden, grundsätzlich gibt es aber Situationen, in denen individuelle Freiheiten eingeschränkt werden dürfen.

Der Lockdown ist aber in der umgesetzten Form nicht durch die Datenlage gerechtfertigt - das haben die NachDenkSeiten in diversen Artikeln dargelegt, etwa [in diesem Artikel](#) oder [in diesem Artikel](#) oder [in diesem Artikel](#). Die Folgen der Maßnahmen „zur Eindämmung der Corona-Pandemie“ treffen wiederum Kinder und Jugendliche in besonderem Maße, obwohl diese Gruppe wohl relativ unbeteiligt an der Verbreitung der Infektionen ist, wie die NachDenkSeiten [hier](#) oder [hier](#) oder [hier](#) beschrieben haben. Dass eine „Rückkehr zur Normalität“ nun mit Scham und Kontrolle behafteten Schikanen erkaufte werden soll und man die Unterwerfung unter diese Schikanen nicht als „freiwillig“ bezeichnen kann, das haben die NachDenkSeiten kürzlich [in diesem Artikel](#) beschrieben.

Warum freiwillig nicht gleich freiwillig ist

In dem Artikel wird auch thematisiert, dass die Verweigerung „freiwilliger“ Maßnahmen erfolgreich als Hindernis für die „Normalisierung“ der ganzen Gesellschaft, also als asozial, dargestellt werden kann. Kritiker einer globalen Impfkampagne hätten es in der Debatte zusätzlich schwer, weil die grundsätzliche Kritik am Impfen vor Corona eher eine Nischenmeinung war. Ich bin zum Beispiel kein prinzipieller Impfgegner, ich habe mich über den Widerstand etwa gegen eine Pflicht zur Masern-Impfung stets etwas gewundert. Doch das, was im Zusammenhang mit Corona im Gange und in Planung ist, hat eine ganz andere Qualität. Und diese Vorhaben haben eben auch nur zum Teil mit Gesundheit und Prävention zu tun.

Nicht zuletzt geht es auch um eine gewisse Ehrlichkeit in der Debatte: Man kann eine Verpflichtung zu einer Anti-Corona-Impfung eines Tages möglicherweise gut begründen - aber kann man noch prinzipiell leugnen, dass dies langfristig (mindestens indirekt verpflichtend) angestrebt wird? Auch wenn der Weg dahin zunächst „freiwillig“ beschriftet wird?

Stärkt das Vorgehen der Schule „faschistoide“ Denkweisen?

Der Berliner Psychologe Thilo Hartmann kritisiert das Vorgehen der Schule und des Pharmaunternehmens sowie die Kennzeichnung einer privilegierten Schüler-Gruppe [laut Medien](#) scharf:

„Mit den Punkten werden zwei für alle sichtbar nicht gleichberechtigte Gruppen von Schülern aufgemacht. Eine ist der anderen durch die Sonderregeln klar überstellt. Das kann das Selbstwertgefühl der Schüler ohne grünen Punkt in Frage stellen und Rivalität zwischen den Gruppen provozieren. Auch kann es dazu führen, dass ich mich Regeln unkritisch unterwerfe, nur um zu der Gruppe zu gehören, die mir attraktiver erscheint.“

Das Vorgehen wie das am Gymnasium Carolinum befeuere die ohnehin durch die Corona-Krise bereits stimulierten „faschistoiden Verhaltens- und Denkweisen“.

„Jeder kann sehen, ob ich mich an die Regeln halte, ob ich eine Maske trage, ob ich mich testen lasse. Das kann vor allem bei Schülern zu einem gefährlichen Konformitätsverhalten führen.“

Wer Menschen in einander unterstellte Gruppen einteilt, spiele mit dem Feuer. Von Freiwilligkeit der Corona-Tests sei darüber hinaus nur eingeschränkt zu sprechen, so der Psychologe. „Die Bewegungsfreiheit in der Schule kommt einer Vergünstigung für die eine Gruppe gleich. Für die anderen bedeutet sie automatisch eine Bestrafung, weil sie sich eben nicht frei bewegen dürfen. Ich kann also nicht nicht mitmachen, ohne dafür sanktioniert zu werden. Das hat mit Freiwilligkeit aus meiner Sicht nicht mehr viel zu tun.“

Das skandalöse Schweigen

Der Schulleiter Henry Tesch, der bis 2011 gar mecklenburgischer Bildungsminister war, betont in einem Interview mit der „FAZ“, dass die Markierung mit dem grünen Punkt die Abstandsregelungen nicht außer Kraft setze. Das sei schließlich kein „Persilschein“, so Teschs fragwürdige Formulierung - gerade im Zusammenhang mit der öffentlichen Kennzeichnung von Personengruppen.

Aus der Politik waren bislang, wie gesagt, keine deutlich wahrnehmbaren Distanzierungen von dem Verhalten des immerhin größten Gymnasiums Mecklenburg-Vorpommerns zu vernehmen, was einen eigenen Skandal bildet. Viele Medienberichte vermehren den Vorgang betont sachlich, als sei er das Normalste von der Welt. Die [„Bild“-Zeitung](#) geht noch weiter. Sie preist das Test-Programm als „Traum der Familien“:

„Eine Schule, an der wirklich jeder auf das Coronavirus getestet wird - sogar die

Eltern? Wovon viele Familien und auch Lehrer träumen, ist tatsächlich Realität!“

„Zuspruch“ von Schülern und Eltern

Die Kennzeichnungen erwähnt die Zeitung dagegen gar nicht. Aber sie erwähnt einen beunruhigenden Fakt: Demnach bekommt der Schulleiter für sein radikales und gesellschaftlich langfristig unberechenbares Verhalten „Zuspruch von Schulen aus anderen Bundesländern, vom Landeselternrat Mecklenburg-Vorpommern und von den eigenen Schülern“. Das bestätigt auch DPA, wie das Portal [„web.de“](http://www.web.de) zitiert: „Das ist ein hervorragender Ansatz“, sagte der Vorsitzende des Landeselternrates MV, Kay Czerwinski, der Deutschen Presse-Agentur. „Daraus könnte ein Modellprojekt für das Bundesland entstehen“, erklärte demnach Schulleiter Henry Tesch. Wenn man mehr Daten habe - beispielsweise eine größere Schule pro Schulamt - seien auch größere Lerngruppen wieder denkbar. Die Tests müssten „so integriert werden, wie das Zähneputzen.“

[Der Spiegel](#) beschreibt immerhin das Problem der fragwürdigen Nähe einer Schule zu einem Pharmakonzern, zitiert aber auch die gewohnten Sätze vom mit Kontrollen und Spaltungen gepflasterten Weg „zurück in die Normalität“:

„Mit seinem Corona-Screening hat der Schulleiter jede Menge mediale Aufmerksamkeit erregt und es bis in die [„New York Times“](#) geschafft. Seine Idee wird als beispielhaft dafür zitiert, wie Schulen künftig trotz Pandemie einen halbwegs regulären Unterrichtsbetrieb aufrechterhalten können.“

Anmerkung: Im Text wurde einmal von Impfung statt von Tests gesprochen, das haben wir korrigiert.